

Landtagswahl am 27. März 2011



Unser Kandidat Andreas Stoch

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg, selbstständiger Rechtsanwalt

Andreas Stoch ist verheiratet und Vater von vier Kindern. Er wurde am 10. Oktober 1969 in Heidenheim geboren und ist in Giengen an der Brenz aufgewachsen.

Dort besuchte er das Margarete-Steiff-Gymnasium. Nach dem Abitur erfolgte das Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Tübingen und Heidelberg. Andreas Stoch erhielt ein Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung und absolvierte sein Referendariat am Landgericht Ellwangen.

Danach folgten die Verwaltungshochschule in Speyer und zeitweilig eine Station in Brüssel, Belgien.

Seit 1998 ist Andreas Stoch als selbstständiger Rechtsanwalt in der Kanzlei Bretzger/Gladis/Stoch in Heidenheim mit dem Schwerpunkt Zivil- und Wirtschaftsrecht tätig.



Politischer Werdegang:

Eintritt in die SPD im Jahre 1990.

Juso-Kreisvorsitzender von 1987 bis 1991.

Mitglied des Vorstandes im SPD-Ortsverein Heidenheim.

Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes Heidenheim seit dem Jahr 2001.

Mitglied des Kreistags des Landkreises Heidenheim.

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg seit dem 1. April 2009.

Ehrenämter:

Andreas Stoch ist Vorsitzender des Vereins „Lernen Fördern e.V.“, Verein zur Förderung Lernbehinderter. Daneben unterhält er mehrere Mitgliedschaften, z.B.: Arbeiterwohlfahrt, Anwaltsverein Heidenheim, Verein Freie Waldorfschule HDH, Betreuungshilfeverein, Kreisverkehrswacht, TSG Giengen und TC Giengen. Herr Stoch fungiert als Vorsitzender im Verein „G-Recht“.

Seine politischen Schwerpunkte setzt Andreas Stoch momentan in den Aufgaben als:

Stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Landtags. Zuständig für Rechts- und Verfassungsfragen.

Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für den Datenschutz.

Medienpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Seine Anliegen sind auch die bessere Vernetzung zwischen dem SPD-Landesvorstand und der SPD-Landtagsfraktion sowie die Koordinierung der Arbeit der nordwürttembergischen Kreisvorstände.

Bürgerbüro

Wilhelmstr. 9/2, 89518 Heidenheim

Tel: 07321- 40080, Fax: 07321- 40042

Unsere Öffnungszeiten:

Montag - Freitag: 8:30 Uhr bis 12:30 Uhr

Donnerstag: 14:30 Uhr bis 17:30 Uhr

Kontaktpersonen: Danjela Folberth und Liane Miller

andreas.stoch@spd.landtag-bw.de

Möchten Sie noch mehr über die Arbeit von Andreas Stoch wissen?

Sind Sie neugierig auf die vielfältigen Tätigkeitsschwerpunkte in seiner Arbeit als Mitglied des Landtags?

Dann sprechen Sie mit Andreas Stoch !

**Viel Wissenswertes finden Sie auf seiner Homepage:
www.andreas-stoch.de**

Quadratur des Halbkreises

Umlegungsbeschluss für Baugebiet
Gartenstraße/Leonhardstraße

Von Gemeinderat Manfred Heli

Kaum einer dürfte sich noch an die vollmundige Ankündigung unseres letzten Bürgermeisters erinnern, der sich rühmte, dass ihm die „Quadratur des Kreises“ gelungen sei und er eine Einigung unter den Eigentümern im Baugebiet Gartenstraße/Leonhardstraße erzielt habe.



Bereits seit dem Jahr 2005 befasst sich der Gemeinderat mit diesem Thema, und erst in einer der letzten Sitzungen konnte er sich letztlich dazu durchringen, die gesetzliche Umlegung für zumindest einen Teilbereich des Bebauungsplanes zu beschließen.

Dieser Beschluss war erst möglich, nachdem die Freien Wähler ihren Widerstand gegen die gesetzliche Umlegung aufgegeben hatten.

Nun könnte man sagen, dass das, was lange währt, endlich gut wird. Jedoch hätte man dieses Ergebnis bereits sehr viel früher erzielen können.

So mancher Bauwillige konnte sein Bauvorhaben nicht verwirklichen bzw. musste auf Fördergelder verzichten, nur weil der Gemeinderat nicht in der Lage war, eine vielleicht unpopuläre Entscheidung zu treffen.

Kein Ruhmesblatt für den Gemeinderat ist sicherlich auch, dass die Umlegung dem Landratsamt Heidenheim übertragen wurde, obwohl die Gemeinde selbst über einen Umlegungsausschuss verfügt.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass notwendige Entscheidungen sich nicht in Luft auflösen, wenn man sie lange vor sich her schiebt, und dass man als Gemeinderat manchmal Entscheidungen treffen muss, die dem Einzelnen möglicherweise nicht gefallen, aber zum Wohle der Gemeinde getroffen werden müssen.

Liabe Sodamer, Brenzer ond Berger
Leserinna ond Leser,

vollg'stopft mit Zeitonga ond Werbeblättla send bald jeden Tag d'Briefkäschtla. Wenn i mi dao durchkämpf, verstand i manchmaol gar nex. Lebat mir eigentlich scho no en Deutschland? Englische Ausdruck, wo ma naguckt! UP TO DATE, modern ond b'sonders will ma sei – ond vielleicht will ma ao gar et von älle verstanda werra.

Dao wondersch de über an Lada mit SALE ond COUNTDOWN ond a Sportg'schäft will dr SPORTSWEAR mit RAPID DRY FUNCTION ond HARDCORE SHELL verkaufa. Mit LIFE CAN BE SO COOL moint oiner em Gmoidsblättle, i brauch an ALLROUND-Laminatboda.

Beim Landratsamt geit's ALBGUIDES ond OUTDOOR-Tourischta. Bei os en Soda kommt ma nemma zema, sondern wirbt mit WE GET TOGETHER, ond em Raothaus hoißt a Ausstellung Sontheim MEETS Yokkaichi. Sogar em kirchliche Bereich isch d'Red von JESUS HOUSE ond MESSAGE. ('S wird doch koiner an Massasch drbei denka!)



Bei äll deam Kauderwelsch sollsch COOL bleiba. Ja wo send mer denn? Dr Osiander hält äll dia englische Ausdruck für so o'nötig wia an Kropf!

Wenn oine scho koi guats Deutsch verwenda welat, nao kenntat se's mit a weng Fantasie ja vielleicht ao mit Schwäbisch probiera. Dr oi oder ander duat's scho mit Hof- ond Schreiblädle, Träublesg'sälz ond Konkelstub.

Ond drom – koi MERRY CHRISTMAS ond koi WONDERFUL X-Mas 4 U, ao koi HAPPY NEW YEAR, sondern frohe Weihnachta ond a g'sonds nuis Jaohr wenscht älle Leser dr

Osiander

Regierung verspricht Wohltaten vor Landtagswahl



Massive Klagen von Eltern und Schülern zwingen Kultusministerin Marion Schick zu Eingeständnissen in der Bildungspolitik

Vom SPD-Landtagsabgeordneten Andreas Stoch

Viele kleine Eingeständnisse in der Bildungspolitik ändern nichts an der grundsätzlichen Problematik eines sozial ungerechten Bildungssystems, das seinen angeblichen Erfolg auf Kosten von Schülern und Eltern erzielt.

Die Proteste von Schülern und Eltern im Land werden immer lauter. Innerhalb eines halben Jahres ist schon der zweite Vorsitzende des Landeselternbeirats, Matthias Fiola, zurückgetreten. Er wünschte sich mehr Gestaltungsfreiheit für Eltern, Lehrer und Kommunen. Doch auch die neue Kultusministerin hält genau wie ihr Amtsvorgänger am herkömmlichen Schulsystem fest.

Mit kleinen Wohltaten, wie Erleichterungen für G8-Schüler, 100 zusätzlichen Klassen für die überlaufenen Berufsschulen und Zugeständnissen an neu gegründete Werkrealschulen, versucht die Landesregierung nun, Druck aus der zunehmend lauter werdenden Bildungsdebatte zu nehmen und den Wähler vier Monate vor der Landtagswahl zu besänftigen. **Doch das „Herumgedoktere“ an den Symptomen des krankenden Systems kann die Ursachen der Bildungsmisere nicht beheben.**

Das baden-württembergische Schulsystem bleibt das ungerechteste in ganz Deutschland, in dem die Chancen eines Arbeiterkindes, das Abitur abzulegen und zu studieren, mehr als sechs Mal geringer sind als die eines Akademikerkindes, von Migrantenkindern ganz zu schweigen.

Schon seit Jahren verweist die Landes-SPD gemeinsam mit Eltern und Philologenverband auf die großen Probleme, die das G8 vielen Familien und auch Schulen bereitet. Das Kultusministerium hat diese Klagen nicht ernst genug genommen und die Misere vollkommen falsch eingeschätzt.

Die Wochenstunden für Fünft- und Sechstklässler auf 32 und den Nachmittagsunterricht auf zwei Tage zu beschränken, kann keine Lösung sein, so lange der Lehrplan nicht sinnvoll entschlackt wird. Das geht wieder auf Kosten vieler Schüler, die dann noch mehr Hausaufgaben machen müssen und einem immer schnelleren Unterricht nicht mehr folgen können. Vereins- und Familienleben leiden darunter, profitieren werden allein die Nachhilfe-Institute.

Deswegen fordert die SPD eine Wahlmöglichkeit für Eltern, sich entsprechend der Fähigkeiten ihrer Kinder für ein acht- oder neunjähriges Gymnasium zu entscheiden.

Damit wäre auch ein weiteres Problem in der Bildungspolitik angegangen: Die beruflichen Gymnasien sind seit der Einführung des G8 chronisch überlaufen. Viele Schüler, die eine Zugangsbeurteilung haben, erhalten keinen Platz dort.

Die 100 zusätzlichen Klassen, die Ministerin Schick für das nächste Schuljahr verspricht, sind da nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Wie diese Klassen ohne zusätzliche finanzielle Mittel eingerichtet werden sollen, sagt die Ministerin nicht, zumal der Markt für Lehrkräfte leergefegt ist und die angestellten Lehrer einen Riesenberg von Überstunden vor sich herschieben. Schon seit Jahren fordert die SPD den flächendeckenden Ausbau der beruflichen Gymnasien und den gesetzlich festgeschriebenen Anspruch jedes zugangsberechtigten Schülers mit Mittlerer Reife auf einen Platz.

Dass ihr ursprüngliches Konzept der Werkrealschule gescheitert ist, gibt die Landesregierung nach Einigung mit einigen Gemeinden zu. Die Zweizügigkeit als Basis dieser Schulen ist vor allem im ländlichen Raum nicht länger haltbar. Die Schule muss im Dorf bleiben und damit die Infrastruktur der Gemeinden in der Fläche stärken. Mit der nun verfolgten Partnerschulkonzeption versucht das Kultusministerium seinen folgenreichen Fehler bei der Schaffung von Werkrealschulen zu vertuschen, ohne allerdings daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Wir brauchen ein grundsätzlich anders gestaltetes Schulsystem, das eine so frühe Selektion der Kinder und den damit verbundenen Notendruck verhindert.

Die SPD fordert deswegen ein längeres gemeinsames Lernen, denn dies ist nicht nur ein gerechteres Lernen, es ist auch eine große Chance für unsere Kinder, sich im sozialen Miteinander anstatt Gegeneinander zu schulen.

Gemeinde erhöht Wasserpreis um 32%!



Von Gemeinderat Jürgen Mäck

Am 9. Nov. 2010 beschloss der Sontheimer Gemeinderat mehrheitlich eine kräftige Erhöhung des Wasserpreises von 1,25 €/m³ auf 1,65 €/m³. Grundlage hierfür war der stetig andauernde Verlustvortrag der Wasserversorgung sowie die schlechte wirtschaftliche Lage der Gemeinde. Bisher war es der Wasserversorgung untersagt, einen Gewinn durch die Belieferung von Wasser zu erzielen. Mit dem Gemeinderatsbeschluss wurde der §1 Abs.4 (Der Eigenbetrieb erzielt keine Gewinne) aus der Betriebssatzung gestrichen. Gleichzeitig führte der Gemeinderat eine Konzessionsabgabe auf Wasser ein. Eine Konzessionsabgabe ist gleichzusetzen mit einem Leitungsrecht. Somit muss die Wasserversorgung, im Falle eines Mindesthandelsbilanzgewinnes künftig 10% der erzielten Entgelte für Wasser an die Gemeinde entrichten.

Festzuhalten ist hierbei, dass eine Konzessionsabgabe nur im Falle eines Mindestgewinnes ausbezahlt

werden darf. Somit ist die Haushaltssanierung durch die Einführung einer Konzessionsabgabe sehr fraglich. Schon eine kleine Erhöhung der Kosten in der Wasserversorgung verhindert die Abführung der Konzessionsabgabe an die Gemeinde.

19 Cent der Erhöhung sind notwendig, um keine Verluste in der Wasserversorgung zu machen. 21 Cent der Erhöhung dienen jedoch der Gewinnerzielung. Die nun beschlossenen 40 Cent bedeuten eine Erhöhung um 32%.

Meiner Ansicht nach zählt das Argument der Befürworter nicht, durch die Erhöhung immer noch im Mittelfeld des Vergleiches mit umliegenden Gemeinden zu sein. Denn 32% Erhöhung bedeuten, dass unsere Mitbürger bei ihrer nächsten Abrechnung fürs Frischwasser fast ein Drittel mehr als bisher bezahlen müssen.

Unser Argument, einen Gewinn durch entsprechende Einsparungen zu erzielen, wurde nicht akzeptiert.



Kirchliche Stellungnahme zur Atompolitik



Von Kreisrat Willi Häfele

Auf der Herbstsynode des evangelischen Kirchenbezirks Heidenheim wurde Ende November eine Resolution gegen die von der CDU/CSU-FDP-Bundesregierung beschlossene Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken behandelt. Die Resolution wurde von Dekan Dr. Schlaudraff und den beiden Pfarrern Martin Weinzierl und Dr. Harry Jungbauer verfasst und von 47 Pfarrern unterzeichnet.

Im Text der Resolution, die übrigens in der Sonntagszeitung vom 28.11.2010 veröffentlicht wurde, heißt es u.a.:

„Die Frage der Endlagerung von Atommüll ist nach wie vor ungeklärt. Fest steht, dass hochaktiver Atommüll auch in Tausenden von Jahren noch lebensgefährlich strahlt. Aus der Nutzung von Kernkraft ziehen wir für unsere Generation Vorteile, bereiten aber künftigen Generationen auf unabsehbare Zeit Gefahren und Probleme.“

„Die Kernenergie erfordert aufgrund ihrer ungeheuren Gefahrenpotenziale Perfektion in einer Weise, wie Menschen sie im Grunde zu leisten nicht in der Lage sind. Fehler können fatale Folgen für einen großen Teil der Menschheit und der Schöpfung haben.“

4

„Wir treten gemeinsam mit der Synode der Evangelischen Kirche (EKD) in Deutschland dafür ein, dass an der Laufzeitbegrenzung des Atomgesetzes von 2002 festgehalten wird.“

Dies sind endlich mal deutliche, von Verantwortung gegenüber der Schöpfung und zukünftigen Generationen geprägte Aussagen.

Spannend wird meiner Ansicht nach sein, ob und wie sich in nächster Zeit die einzelnen Kirchengemeinden mit dem Inhalt dieser Resolution beschäftigen werden. Wichtig wäre auch zu erfahren, wie sich die katholische Kirche in dieser Frage verhält, und ob sie ebenfalls den Mut zu einer Stellungnahme gegen die Laufzeitverlängerung aufbringt.

Sitzung vom 26.10.2010

Nach jahrelanger Diskussion wurde endlich ein Umlegungsbeschluss für das Baugebiet „Gartenstraße/Leonhardstraße“ gefasst. Die beschlossene Umlegung betrifft einen Teil der Flurstücke in dem betreffenden Gebiet. (Siehe Artikel auf Seite 2).

Die SPD-Gemeinderatsfraktion stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung, mehrere Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung unbedingt öffentlich zu verhandeln.

Der gesamte Gemeinderat folgte der Auffassung der SPD-Fraktion, so dass diese Punkte in der darauffolgenden Sitzung öffentlich behandelt werden konnten.

Sitzung vom 9.11.2010

Der Entwurf des „vorgezogenen Bebauungsplans REWE-Markt“ an der Brenzer Straße wurde als Satzung beschlossen. Damit steht, so ist die Hoffnung, dem Neubau nichts mehr im Wege.

Außerdem wurde beschlossen, auf dem Dach der neuen Bauhofhalle eine Fotovoltaikanlage zu errichten. Die Anlage wurde für rund 63.000 Euro an einen örtlichen Unternehmer vergeben.

Erhöhung der Frischwassergebühren auf 1,65 €/m³. (Siehe Artikel auf Seite 4).

Eine Anhebung der Bestattungsgebühren wurde nach einer Diskussion im Gemeinderat mehrheitlich beschlossen. Auf Vorschlag der Gemeindeverwaltung sollte ein größtmöglicher Deckungsgrad bei den Friedhofsgebühren erreicht werden, um den Verwaltungshaushalt zu entlasten.

Kurz und knapp



aus dem Gemeinderat

Sitzung vom 23.11.2010

Äußerst knapp stellte sich die Abstimmung zugunsten eines Aufzuges am Brenzer Schloss dar. Während Teile der SPD- und CDU-Fraktion die Anbringung des Aufzuges zur Zeit aus rein finanziellen Gründen ablehnten - vorbereitende Baumaßnahmen auf baulicher Seite wären selbstverständlich - befürwortete eine knappe Mehrheit die sofortige Ausschreibung und Anbringung des Aufzuges im Rahmen der Renovierungsarbeiten. Der Eigenanteil (abzgl. Zuschüsse) der Gemeinde wird bei rund 100.000 Euro liegen. Eine detaillierte Kostenzusammenfassung wird durch den Architekten, Herrn Baur, noch nachgereicht.

Nach mehrmaligem Drängen und aufgrund eines Antrags der SPD-Fraktion vor den Sommerferien 2010 wurde nochmals eine Grundsatzdiskussion über die Osttangente geführt.

Die auf rund 5,5 Mio. Euro geschätzte Baumaßnahme wird laut Verwaltung mit rund 67 % gefördert. Damit verbleiben jedoch noch rund 2,3 Mio. Euro, die unsere Gemeinde selbst an diesem Projekt tragen muss und nur über eine zusätzliche Schuldaufnahme aufbringen kann!

Klar und unmissverständlich wurde quer durch alle Fraktionen zum Ausdruck gebracht, dass noch deutliche Einsparungen an dem Projekt vorgenommen und eingearbeitet werden müssen.

Da das Projekt Schloss mit seinen Unwegbarkeiten ebenfalls eine große Belastung für den Gemeindehaushalt darstellt, ist es für die SPD-Fraktion zudem äußerst wichtig, den Baubeginn der Osttangente hinter das Renovierungsende des Schlosses zu verschieben. Zudem muss das Projekt Osttangente zeitlich auf mehrere Jahre verteilt werden, als dies bislang geplant ist.

Nur bei Berücksichtigung all dieser Forderungen besteht für einen Teil unserer Fraktion die Chance, dem Projekt überhaupt zustimmen zu können.

Von Gemeinderat Reiner Lindenmayer

Die bisherige Politik der schwarz-gelben Regierung bleibt auch in der Frage der Energiepolitik eine gefährliche Mischung aus Stückwerk und Klientelpolitik für Wenige auf Kosten der Mehrheit unserer Bürgerinnen und Bürger.

Durch die unlängst beschlossene Verlängerung der Laufzeiten für die deutschen Atomkraftwerke erfolgte eine Weichenstellung, bei der einige Wenige (nämlich die Energiekonzerne) riesige Gewinne abschöpfen können und ganz Viele (nämlich wir Bürgerinnen und Bürger) die Zeche zu zahlen haben. Hierfür lohnt es sich, die Folgen dieser Entscheidung einmal näher zu betrachten:

Beitrag der Energiewirtschaft zur Konsolidierung des Haushalts

Mit einer Brennelementesteuer sollen die Energiekonzerne einen Beitrag in Milliardenhöhe am Sparpaket der Bundesregierung übernehmen. Von mehr als zwei Milliarden Euro pro Jahr ist hierbei die Rede, was in die Kassen gespült werden soll.

Leider ist das halt nicht die ganze Wahrheit: Durch diese zusätzlichen Kosten werden die Energiekonzerne weniger Körperschaftssteuer abführen müssen. Außerdem kann man mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass Kosten, die den Konzernen entstehen, in Form von höheren Strompreisen auf die Verbraucher umgelegt werden.

Damit trägt die Energiewirtschaft unterm Strich nicht zur Entlastung des Haushaltes bei, sondern wiederum diejenigen, die immer die Zeche zu zahlen haben – nämlich wir Bürgerinnen und Bürger. So bleibt uns vielleicht mehr Netto vom Brutto – aber unterm Strich bleibt uns tatsächlich weniger. Das ist auch eine Art von Sozialausgleich, den unsere Regierung da betreibt – leider nicht in die richtige Richtung.

Lagerung des Atommülls

Das Endlager soll nach dem Willen der Bundesregierung in Gorleben entstehen. Es werden Millionen ausgegeben, um zu untersuchen, in wie weit der Salzstock dort geeignet ist. Das wird speziell bei uns in der Region mit großem Wohlwollen unterstützt, weil damit das Risiko geringer wird, dass wir den strahlenden Müll bei uns in der Region lagern müssen. Wie anders ist die Reaktion zu werten, die kürzlich durch die Presse gegangen ist, als die Möglichkeit, bei der Suche nach einem Endlager auf der Schwäbischen Alb fündig zu werden, im Raum stand. Von großem Glück, dass wir Wasserschutzzonen haben, war da die Rede. Die Hoffnung wurde geäußert, dass mit diesem Argument verhindert wird, den verstrahlten Müll bei uns zu lagern.

Das zeigt, wie groß die Furcht vor dem radioaktiven Müll überall ist. Wenn der Müll aber weit genug weg ist, scheint alles in Ordnung zu sein. Wer kennt schon jemand in Gorleben - das geht uns ja nichts an - und überhaupt, was haben wir denn damit zu tun? Hauptsache bei uns bleibt alles wie es ist. Leider ist das ein Irrtum, denn wenn in Gorleben etwas schief

Schwach radioaktive Abfälle mit kurzen Halbwertszeiten (20-40Jahre) werden überwiegend in oberflächennahen Endlagern entsorgt. Die Endlager befinden sich an der Erdoberfläche und werden nach Abschluss der Einlagerung abgedeckt. Eine Rückholbarkeit ist nicht beabsichtigt.

Argentinien, Belgien, Bulgarien, Deutschland, Großbritannien, Finnland, Frankreich, Japan, Kanada, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Slowakische Republik, Spanien, Tschechische Republik, Südafrika, Ungarn und USA betreiben solche Endlager. Alle diese Länder planen ihre Lagerkapazität auszubauen.

Für stark radioaktive Abfälle (Halbwertszeit 24.400 Jahre) gibt es zur Zeit nur ein Endlager in den USA!

WIPP (Waste Isolation Pilot Plant) ist ein tiefes geologisches Endlager für Transuranabfälle aus militärischen Anlagen. Das Endlager wurde in einer Tiefe von 650 m in einer Salzformation in der Nähe von Carlsbad (New Mexiko) errichtet. Die Einlagerungskapazität beträgt 180.000 m³.

geht, sind wir auch betroffen. Also bleibt als Lösung nur, den Atommüll zu vermeiden. Dazu dürfen die Atomkraftwerke aber nicht länger laufen, sondern müssen viel früher abgeschaltet werden.

Sind Atomkraftwerke sicher?

„Unsere Atomkraftwerke sind sicher – da kann nichts passieren!“

Mit dieser Aussage wird das Risiko einfach unter den Tisch gekehrt. Genau so wie 1986 in Tschernobyl oder 1979 in Harrisburg. Da waren die Atommeiler vermeintlich auch sicher. Zumindest glaubte man das, bis sich herausgestellt hat, dass dem doch nicht so war. Wie können wir daran glauben, dass bei uns nichts passieren kann? Weil unsere Atommeiler moderner sind als die Unglücksreaktoren in USA und Russland? Mitnichten – Biblis Block B wurde 1977 in Betrieb genommen, Block A sogar schon 1975. Die Blöcke B und C in Gundremmingen sind seit 1984 in Betrieb. Nur zum Vergleich: Block 4 in Tschernobyl wurde 1983 in Betrieb genommen.

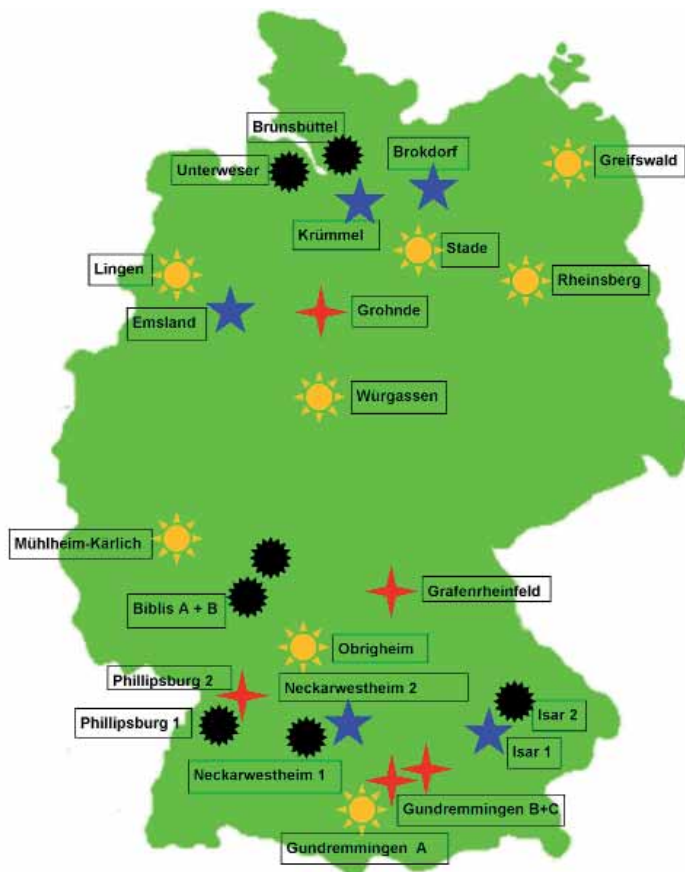
Mit der Entscheidung zur Laufzeitverlängerung hat die schwarz-gelbe Bundesregierung einen Weg eingeschlagen, der gegen den Willen der Mehrheit in unserem Land ist. Das zeigt deutlich auf, welche Art von Politik da gemacht wird. Nicht die Interessen der breiten Bevölkerung stehen im Fokus, sondern nur die finanziellen Interessen von Großkonzernen.

Doch jeder Einzelne von uns hat die Möglichkeit, sich gegen so einen Weg zu wehren. Speziell bei der Frage der Atomenergie ist es eigentlich ganz einfach: Wer mit einem Wechsel seines Stromversorgers zu einer atomstromlosen Gesellschaft sein Geld in andere Kanäle fließen lässt, trägt dazu bei, dass der Atomstrom für die Energiekonzerne uninteressant wird.

Dass beim Geld keinerlei Toleranz bei EON, Vattenfall, RWE und EnBW vorhanden ist, zeigt die Reaktion dieser Konzerne auf die Ankündigung der Brennelementesteuer. Da haben sie sogar gedroht, ihre Atomkraftwerke abzuschalten (das haben sie aber leider bisher nicht weiter verfolgt).





Förderung von regenerativen Energiequellen

Uns wird Glauben gemacht, dass die längeren Laufzeiten der Atomkraftwerke dazu beitragen, Zeit zu haben, um regenerative Energiequellen zu erschließen und somit langfristig die Energie-



Restlaufzeiten deutscher Atomkraftwerke gemäß Atomkonsens

Neuregelung schwarz-gelbe Koalition

	stillgelegt	
	Bis 2012	Verlängerung um 8 Jahre auf 2020
	Bis 2015 - 2018	Verlängerung um 14 Jahre auf 2029-2032
	Bis 2019 - 2022	Verlängerung um 14 Jahre auf 2033-2036

versorgung durch erneuerbare Energiequellen sicherstellen zu können. Leider kann man auch das anders sehen.

Im Juli 2010 wurde die Einspeisevergütung für Fotovoltaik-Anlagen auf Beschluss der Bundesregierung außerplanmäßig um 13% gekürzt. Ab Oktober 2010 folgte eine weitere Kürzung um 3%. Darüber hinaus wurde die Einspeisevergütung „gedeckelt“. Das bedeutet konkret, dass bei einem Zubau von Solar-Anlagen ab einer Gesamtleistung von 3.500 Megawatt(peak) (MWp) die Vergütung ab 2011 um ein weiteres Prozent sinkt (2012 um weitere 3% über die „normale“ Reduzierung von 9% hinaus). Zum Vergleich: Im Jahr 2010 rechnet man mit der Inbetriebnahme von Fotovoltaik-Anlagen mit einer Gesamtleistung von ca. 10.000 MWp.

Damit werden erneuerbare Energiequellen nicht gefördert, sondern ganz massiv unterbunden, weil es sich immer weniger lohnt, darin zu investieren.

MdL Andreas Stoch besuchte unsere Gemeinde

Der SPD-Landtagsabgeordnete Andreas Stoch ist als Mitglied des Stuttgart-21-Untersuchungsausschusses derzeit ein vielgefragter Mann. Trotzdem nahm er sich am 30. November die Zeit für einen ausführlichen Besuch in unserer Gemeinde.

Schon morgens besichtigte der Abgeordnete in Begleitung von Kreisrat Willi Häfele und Gemeinderat Reiner Lindenmayer die örtliche Firma Stark. Der aufstrebende mittelständische Betrieb hinterließ bei den Besuchern einen sehr positiven Eindruck. Im folgenden Gespräch mit den beiden engagierten und verantwortungsvollen Chefs (Vater und Sohn) war man sich über wirtschafts- und sozialpolitische Themen weitgehend einig.



Besuch bei Firma Stark. Unser Bild zeigt von links Gemeinderat Lindenmayer, MdL Stoch, Juniorchef Bernd Stark, Seniorchef Hans Stark und Kreisrat Häfele.

Danach galt der Besuch dem Schulzentrum unserer Gemeinde. Hier wurde der Abgeordnete von Bürgermeister Kraut und Rektor Schulz zum Mittagessen mit den Schülern in der Mensa empfangen. Nach einem Gespräch über die Bedeutung des Schulstandortes Sontheim und aktuelle bildungspolitische Themen folgte eine Besichtigung der neuen naturwissenschaftlichen Räume, des gut ausgestatteten Technikbereichs sowie eines Computerraums.

Letzter Programmpunkt war dann eine ausführliche Besichtigung des neuen Kinderhauses in der Au und ein Gespräch mit dessen Leiter Herrn Preuß.



*Der SPD-Ortsverein
und die SPD-Gemeinderatsfraktion
wünschen allen Leserinnen und
Lesern eine frohe Weihnacht und
alles Gute im neuen Jahr 2011*

Immer aktuell:
unsere Homepage

<http://sontheim-brenz.bawue.spd.de>

Spendenkonto: KSK Heidenheim
Konto: 1 13 88 23
BLZ 632 500 30

Verantwortlich: Corina Franz
Günther Neumann
Redaktionsanschrift: Württembergstr. 8
89567 Sontheim
corinafranz@yahoo.de

Herausgeber:
SPD-Ortsverein Sontheim-Brenz
Lange Str. 22
89567 Sontheim
Herstellung:
Layout: Günther Neumann
Druckerei: Haschke, Sontheim
Auflage: 2.165